Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 125. Abendblatt. Donnerstag, den 14. März. 1867.

Die Stettiner Sparkasse.

Wir haben in den vorigen Artikeln die großen Fehler nachgewiesen, welche das Kuratorium der Stettiner Sparkasse begangen hat und durch welche die Sparkasse bis an den Rand des Verderbens geführt ist. Es bleibt uns noch übrig nachzuweisen, wie die Sparkasse unsrer Ansicht nach geführt werden müsse, um alle beregten Uebelstände zu beseitigen und jeder drohenden Gefahr gewachsen zu sein.

Wir legen bei diesen Betrachtungen den Stand der Sparkasse am Schlusse des Jahres 1865 zu Grunde. Damals hatte die Sparkasse einen Bestand an Einlagen von 1,299,540 Thlr., dazu eigenes Vermögen 187,046 Thlr. und wenn man, wie dies geschehen muß, die Geschenke hinzurechnet, welche die Stadt aus dem Vermögen der Sparkasse an milde Stiftungen gemacht hat, sogar ein eigenes Vermögen von 307,000 Thlr, so daß der ganze Bestand 1,600,000 Thlr beträgt.

Von den Einlagen betragen:

						Summa:
3733 St.	0 bis	20 Thl.,	Mittel	10	Thl.	37,330 Thl.
3425 „	20 „	50 „	„	30	„	102,750 „
4415 „	50 „	100 „	„	70	„	309,050 „
3600 „	100 „	200 „	„	140	„	504,000 „
1369	über	200 „	„	$253\frac{1}{10}$	„	346,500 „
16,542 St.				782	Thl.	1,299,530 Thl.

Von den gesammten Einlagen gehören also nahezu $\frac{2}{3}$ des Kapitals zu den Einlagen über 100 Thlr. und zahlen nur $35\frac{1}{5}$ pCt. zu den Einlagen unter 100 Thlr. nur $11\frac{1}{2}$ pCt. zu denen unter 50 Thlr., noch nicht $1\frac{1}{2}$ pCt. zu denen unter 10 Thlr. Nach dem Statute der Sparkasse müssen nun die Kapitalien bis zu 10 Thlr. sofort, die bis 50 Thlr. nach einer Kündigung von 4 Wochen, die über 50 Thlr. nach einer von 3 Monaten zurückgezahlt werden. Um dies bewirken zu können, müssen also 20,000 Thlr. baar vorhanden sein, 120,000 Thlr. binnen 4 Wochen, der Rest, der noch gekündigt werden könnte, binnen 3 Monaten beschafft werden können. Daß der Kassenbestand von 9525 Thlr., den die Sparkasse Ende 1865 besaß, hiezu nicht hinreicht, leuchtet ein. Auch die auf Unterpfand ausgeliehene Summe von 33,160 Thlr. konnte dafür nicht genügen, alle anderen Gelder aber waren entweder auf Hypotheken oder auf Staatspapiere ausgegeben. Noch Ende 1864 hatte man 20,244 Thlr. baar in Kasse und 119,450 Thlr. waren auf Unterpfand ausgeliehen, man konnte also damals, wenn man diese Darlehne kündigte, wenigstens die Einlagen bis zu 50 Thlr. hin decken.

Indessen kann auch die Anlage der Gelder nicht als genügend betrachtet werden. Die Sparkasse muß viel mehr Geld disponibel halten, wenn sie in keine Verlegenheit gerathen will. Sie muß mindestens soviel baares Geld in Kasse haben, als die Einlagen unter 10 Thlr. betragen, d. h. 20,000 Thlr. Sie muß mindestens binnen 4 Wochen soviel Geld erhalten können als die Einlagen von 10 bis 50 Thlr. betragen, d. h. 120,000 Thlr. Sie muß endlich soviel Geld innerhalb dreier Monate flüssig machen können, um die möglicher Weise sonst noch gekündigten Einlagen auszahlen zu können.

Drei Wege giebt es, um diesen Zweck vollständig zu erreichen. Der erste ist, daß die Stadt ein Uebereinkommen mit einem anderen Geldinstitute macht, wonach die Sparkasse diesem Institute eine Summe von etwa 200,000 Thlrn. baar darleiht gegen mäßigen Zinsfuß von etwa $1\frac{1}{2}$ pCt. und dafür das Recht hat, nicht nur dies Geld zu $\frac{1}{3}$ nach vier Wochen, zu $\frac{2}{3}$ nach drei Monaten zurückzufordern, sondern auch noch außerdem eine gleiche Summe nach drei Monaten zahlbar fordern zu können gegen Vergütung eines angemessenen Zinssatzes. Die Sparkasse würde dann jederzeit über 400,000 Thlr. verfügen können und würde, wenn sie außerdem noch 200,000 Thlr. auf Lombard gäbe, die volle Hälfte der gesammten Einlagen bei jeder Krisis sofort zahlen können. An Zinsen würde die Sparkasse dabei 6000 Thlr. verlieren. Beachtet man jedoch, daß die Sparkasse jetzt bereits 120,000 Thlr. am milde Stiftungen gegeben hat und daß die Zinsen dieser Summe d. h. 6000 Thlr. der Sparkasse gut geschrieben werden müssen, so wird der Ueberschuß immer noch ebenso groß bleiben als jetzt, wo man diese 6000 Thlr. außer Rechnung läßt, d. h. er würde immer noch jährlich ca. 20,000 Thlr. betragen.

Der zweite Weg ist, daß die Sparkasse zu mäßigem Zinssatze gute Wechsel bis zur Höhe von 400,000 Thlrn. und höhstens drei Monate nach dato zahlbar diskontirt, 200,000 Thlr. aber auf Lombard ausgiebt gegen Unterpfand, welches jederzeit realisirt werden kann. Gelegenheit zum Diskontiren solcher Wechsel würde sich hinreichend finden, namentlich würden die Privatbanken Preußens gerne das Geld zu solchen Bedingungen nehmen. Rechnen wir, daß die Stadt 3 pCt. für die Wechsel erhielte, so würde sie gegen jetzt $1\frac{1}{2}$ pCt., d. h. wieder 6000 Thlr. verlieren, d. h. es würde sich die Sache ganz ebenso gestalten, wie im ersten Falle.

Der dritte Weg endlich ist, daß die Sparkasse nur 200,000 Thlr. auf Lombard ausgiebt, 200,000 bis 400,000 Thlr. wie bisher in Staatspapieren anlegt, welche gute Zinsen bringen und zu Zeiten der Staatskrisis das erforderliche Geld durch Bewilligung höherer Zinsen herbeischafft. Da solche Krisen, welche auf die Sparkasse von Einfluß sind, nur alle acht bis zehn Jahre eintreten, so spart die Sparkasse gegen die vorigen Wege 12 bis 15 pCt. von 400,000 Thlrn. Will sie also zur Zeit der Krisis Geld beschaffen, so kann sie 12 bis 15 pCt. höhere Zinsen geben als sie bei den ersten Wegen geben würde. Ja beachtet man, daß sie das aufgenommene Geld im Mittel nur $\frac{1}{2}$ Jahr gebrauchen wird, so kann sie selbst das Doppelte, d. h. 24 bis 30 pCt. an Zinsen geben ohne gegen die früheren Wege einen Verlust zu erdulden. Für diesen Fall empfiehlt es sich nur, die 6000 Thlr., welche jährlich an Zinsen erspart werden, zu einem besonderen Reservefond zurückzulegen, aus dem dann später die außergewöhnlichen Zinsen gezahlt werden können. Bei der letzten Krise haben 3 pCt. über den gewöhnlichen Zinsfuß auf $\frac{1}{2}$ Jahr genügt, um hinreichende Gelder herbei zu locken.

Welchen der angedeuteten Wege die Sparkasse einzuschlagen hat, das hängt von den Umständen ab, wird aber leicht festgestellt werden können. Von einer Gefahr, welche die Sparkasse für die Stadt bieten soll, kann hiernach keine Rede sein.

Deutschland.

□ **Berlin**, 13. März. Die vom Abg. v. Münchhausen in der Sitzung des Reichstags gegen die preußische Regierung ausgesprochenen Vorwürfe und die Seitens des Grafen Bismarck erfolgte Abfertigung, welche von lebhaftem Beifall begleitet war, hatten in der Versammlung eine solche Aufregung hervorgerufen, daß der Antrag auf Schluß der Sitzung allgemeine Zustimmung fand, weil danach das Einlenken in die Bahn einer ruhigen Diskussion unmöglich erschien. Daß sich an diese Debatte noch persönliche Erörterungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Abg. v. Münchhausen angeknüpft hätten, wie z. B. der „Magdeb. Ztg." geschrieben wurde, bestätigt sich nicht; und der Zusammenhang der Diskussion ergiebt schon, daß die Zurückweisung des die Kapitulation von Langensalza betreffenden Vorwurfs als eine unwürdige Verleumdung nicht der Person gelten konnte, die sich nur zum Organ der Urheber der Verleumdung hergegeben hatte, sondern den Urhebern selbst, namentlich der Welfenpresse. Diese hatte es sich ja schon längst angelegen sein lassen, der Kapitulation von Langensalza eine Deutung zu geben, welche eben nur böswillige und gleichzeitig abgeschmackte Lüge, oder bodenlose Unkenntniß über Wesen und Bedeutung einer Kapitulation voraussetzen ließ. Für einen Mann von Bildung und höherer Lebensstellung war es jedenfalls ein verhängnißvoller Mißgriff, vor einer Versammlung von Staatsmännern sich zum Organ so fader Beschuldigungen herzugeben. Die hannoverschen konservativen Abgeordneten sollen auch von dem schroffen Auftreten des Herrn v. Münchhausen wenig erbaut sein und es nicht als eine Kundgebung der Partei angesehen wissen wollen. — Wenn die „Zeidl. Corr." von Zuziehung der hannoverschen Abgeordneten als Vertrauensmänner zur Berathung über die Organisation der Provinz Hannover gesprochen hat, so kann natürlich nicht von allen, sondern nur von einem Theil derselben, welche auch das Vertrauen der Regierung besitzen, die Rede sein. Herr v. Münchhausen z. B. würde wohl schwerlich als ein geeigneter vorurtheilsfreier Vertrauensmann angesehen werden können. — Das Verzeichniß der angestellten Offiziere soll vier Folioseiten füllen. Dieselben sind auf sämmtliche Waffengattungen und Armeekorps vertheilt, theils werden sie sofort in den Dienst eintreten, theils sind sie zu vorläufiger Dienstleistung den betreffenden Kommandos überwiesen. Die meisten bekannten Adelsfamilien Hannovers sind unter denselben vertreten. General-Major v. Bodmer ist vorläufig einem Divisionsstab attachirt, 4 Offiziere sind dem großen Generalstab aggregirt, 8 dem Kriegsministerium zur Verwendung in der Verwaltung, 2 dem Gendarmeriekorps und 1 der General-Inspektion für Militärbildungswesen zugetheilt.

Berlin, 14. März. Se. Majestät der König empfing gestern Vormittag mehrere zu höheren Chargen aufgerückte Militärs, unter ihnen den Kommandanten von Mainz, General-Major v. Winterfeld, und den Brigade-Kommandeur Oberst v. Hartmann, nahm alsdann die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Geh. Kabinetsraths v. Mühler, des Geh. Hofraths Bork entgegen und arbeitete nach einer Spazierfahrt mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

— Der Reichstags-Abgeordnete Pastor Schrader aus Kiel wurde von hier telegraphisch nach Primkenau berufen, um der seitdem verstorbenen Herzogin von Augustenburg das Abendmahl zu reichen.

— Verschiedene Blätter kommen immer noch auf die Behauptung zurück, daß nur im Ressort des Justizministeriums den Beamten, welche in den Reichstag gewählt sind, die Tragung der Kosten ihrer Stellvertretung im Hause auferlegt sei. Wir können dagegen auf's Bestimmteste erklären, daß diese Angabe unrichtig ist. Es sind durchaus in allen Ressorts denjenigen Beamten, deren Abwesenheit von ihren Posten ihre Stellvertretung nöthig macht, die Kosten dieser Vertretung auferlegt worden. (N. A. Z.)

— Im Reichstage wurde gestern, dem Vernehmen nach, mitgetheilt, daß die sogenannte nationalliberale Fraktion dahin sich schlüssig gemacht habe, ihrerseits keine Amendements zu dem Verfassungsentwurfe zu stellen, ohne sich zuvor mit den Bundeskommissarien in Verbindung gesetzt zu haben.

— Der 6. Abtheilung liegt die Wahl-Angelegenheit des Abg. Brons zur Berichterstattung vor, der nach Angabe des Wahlkommissarius mit einer Majorität von 9 Stimmen gegen den Professor Ihering gewählt ist. Wie es heißt, dürften jedoch von der Abtheilung mehrere dem Abg. Brons zugefallene Stimmen für ungültig erklärt und dadurch der eigenthümliche Fall herbeigeführt werden, daß ein Abgeordneter, der vom Wahlkommissarius proklamirt, vom Reichstage nicht anerkannt und an seiner Stelle sein Gegner einberufen wird.

— Nach aufgestellten Berechnungen werden für die Ausführung der verschiedenen Eisenbahnprojekte für dieses und das nächste Jahr mindestens je 80 Millionen Thaler erforderlich sein, während bisher die in einem Jahre für Eisenbahnen zur Anwendung gekommene Summe nur die Höhe von 30 Millionen Thalern erreichte, wofür 35 Meilen Eisenbahnen fertig gestellt wurden. Die im Bau begriffenen oder dazu vorbereiteten Eisenbahnen haben eine Länge von 199 Meilen. Demnächst zur Ausführung bestimmt sind 419 Meilen Eisenbahnen. Ferner umfassen diejenigen Bahnen, deren Bau noch einer weiteren Erörterung unterliegt, eine Länge von 420 Meilen. Das Kapital für den Bau aller dieser Kategorien von Eisenbahnen ist auf ca. 505 Millionen Thaler berechnet.

— Bei der am 12. März c. fortgesetzten Ziehung der 5. Klasse der 148. hannoverschen Lotterie fielen folgende Hauptgewinne: 1000 Thlr. auf Nr. 5680 und 10,092, 400 Thlr. auf Nr. 11,980, 12,261, 12,883, 200 Thlr. auf Nr. 1108, 2084, 3181, 5553, 5878, 7421 und 11,507 und 100 Thlr. auf Nr. 4714, 11,489, 6706, 6929, 2959 und 1500.

Berlin, 13. März. (Nordd. Reichstag.) 11. Sitzung. (Schluß.) Abg. Grumbrecht (gegen die Vorlage): M. H.! Ich stimme mit dem Herrn Vorredner in Vielem überein, aber nicht in dem Ton, den er gegen verschiedene Mitglieder dieses Hauses angeschlagen hat. Wir haben keine Veranlassung, so gegen einander aufzutreten, und vornehmlich uns, meinen Freunden und mir, ist die Sache selbst zu ernst, als daß wir in diesen humoristischen Ton einstimmen könnten. Ich bin nicht widerwillig Preuße geworden und glaube auch, daß nur ein Theil der Hannoveraner, die höchsten und niedrigsten Schichten vornämlich in den alten welfischen Provinzen, wie Herr v. Münchhausen denkt. Wir sehen ein, daß Preußen mit der Einverleibung, die eine unverständige Politik genau gefordert hat, eine fast schon zu lang versäumte nationale Pflicht übte, der Abg. v. Bennigsen hat schon gesagt, daß wir das verfassungslose Regiment schwer empfinden; aber wir erkennen an, daß diejenigen, die sich am meisten darüber beklagen, die Hauptschuldigen an demselben sind, und ich zweifele nicht, daß wir in nicht allzuferner Zeit ebenso gute Preußen sein werden, wie in den alten Provinzen. Ich hatte gegen den Entwurf schwere Bedenken, aber die Aeußerungen des Grafen Bismarck haben mir die Brust erleichtert. Der Bundesstaat ist unmöglich, der preußische Staat muß sich zum deutschen Volksstaate erweitern, und zunächst sind wir berufen, die diesseits des Mains liegenden verbundenen Staaten dem Ganzen so einzufügen, daß sie mit ihm verwachsen. Regierungen wie Einzelvertretungen müssen große Opfer bringen und sind dazu bereit. Aber während jene im Bundesrath ihre Entschädigung erhalten, wird sie diesen vorenthalten und der Reichstag der wichtigsten Rechte beraubt. Wir stehen vor einer Militär-Diktatur der schlimmsten Art (Beifall links), die wohl vorübergehend Platz greifen, aber nicht auf die Dauer verfassungsmäßig begründet werden kann. (Lebhafter Beifall links.) Ich für meine Person kann die Resultate der Verfassungskämpfe eines Menschenalters nicht mit einem Federstrich vernichten und uns mit unseren gesetzlichen Zuständen hinter das Jahr 1848 zurückwerfen lassen. Aber wir müssen eine Verständigung suchen, sie redlich suchen, um sie zu finden. Wenn Sie, meine Herren, zur Rechten, hier zufällig so zahlreich vertreten sind, daß Sie den Verfassungsentwurf vielleicht in diesem Hause durchbringen, wenn Sie ihm sogar die Genehmigung des preußischen Landtages durch irgend welchen Druck oder wie sonst verschaffen sollten — die übrigen Landtage sind ja nur Spielerei —, so ist es sehr die Frage, ob Sie sich dieses Erfolges als eines Sieges lange erfreuen werden. Denn in Verfassungskämpfen ist es nicht wie im Kriege: der Sieger tritt nicht allemal in den Vortheil ein, sondern geht oft schwächer aus seinem Siege hervor, als er war. Was uns obliegt, ist ein Kompromiß, von dem die extremen Parteien mit Unrecht nichts wissen wollen. Die Rücksicht auf den Süden drängt zu ihm hin. Man wird es uns glauben, wenn wir sagen, daß wir ihn gern bei uns aufnehmen; spricht doch Herz wie Verstand gleich laut dafür. Aber ohne Krieg können wir ihn nicht bekommen, wenn er nicht von selbst zu uns kommt. Und wie wird er das, wenn die Reichsvertretung in Militärsachen machtlos ist, bei seiner ohnehin schon vorhandenen Abneigung gegen das straffe militärische preußische Wesen? Lassen Sie uns eine Verfassung machen, die, wo nicht Alle, so doch die Mehrzahl in der Nation befriedigt, und auf den Süden eine Anziehungskraft ausübt, daß man ihn nicht mit Waffen zu erobern braucht, wie man Hannover erobern mußte, damit es sich dem preußischen, hoffentlich bald dem deutschen Staate einfüge. (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. Prosch (für die Vorlage.) Der Saal leert sich, die Zurückbleibenden unterhalten sich so laut, daß man sie auf der Tribüne hört, nicht den Redner, von dem man nur sieht, daß er spricht. Der Präsident bittet wiederholt, aber vergeblich, mit Worten und mit der Glocke um Ruhe, und versichert endlich, daß er (der Präsident, der unmittelbar hinter ihm sitzt) ihn nicht hören kann. — Abg. v. Leipziger stellt den Antrag auf Schluß der allgemeinen Diskussion. Er wird ausreichend unterstützt. Auf der Rednerliste stehen noch 32 Abgeordnete. — Der Antrag auf Schluß wird angenommen. — Abg. Windthorst (zur Geschäftsordnung) bedauert durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, auf gewisse Angriffe zu antworten.

Es folgen persönliche Bemerkungen. — Abg. Dr. Schleiden: Der Hr. Abgeordnete für Hagen hat sich durch den ernsthaften und lang ausgesponnenen Gang unserer Diskussion veranlaßt gefunden, etwas Heiterkeit in Ihre Mitte bringen zu wollen. (Unruhe.) Er hat mit dem ihm eigenen Witze in einer — ich möchte nicht unparlamentarisch reden — mit leichtfertig erscheinenden Weise Aeußerungen fallen lassen (sehr wahr, lebhafte Zustimmung links), in einer Art, die dem Gegenstande nicht entsprechen. Wenn Jemand in diesem Hause aus voller Ueberzeugung seine Ansichten ausspricht, so darf er erwarten, nicht mit Hohn behandelt zu werden und das hat der Abgeordnete für Hagen gethan. Ich habe von ihm keinen einzigen Grund gegen das, was ich gesagt, gehört, sondern wie gestern von der Regierungsbank, so heute von ihm nur eine einfache Negation. Meine Herren! Ich mache kein Hehl daraus, daß ich fest halte und fest glaube an das Recht, und daß das Recht in meinen Augen göttlichen Ursprungs ist. Was ich für Gewaltthätigkeit ansehe, kann das Recht nicht beugen, wenn ich mich auch den Thatsachen willig füge, weil ich sie nicht ändern kann. Gewalt und Vortheil sind keine Gründe, das Recht zu brechen. — Abg. Miquel: Der Hr. Abg. Duncker hat eine Aeußerung von mir, die ich in einer Versammlung that, in der es galt, widerstrebende Elemente dem nationalen Dienst zuzuführen, mit einer andern hier gethanenen, in Gegensatz gebracht und der Abg. v. Vincke hat mir wahrscheinlich zu Hilfe kommen wollen, indem er mich auf das Beispiel des Ministerpräsidenten verwies. Ich kann aber davon keinen Gebrauch machen, sondern halte beide Aussprüche aufrecht, sie stehen mit einander nicht im Widerspruch, sondern sind beide zu der Zeit, wo sie gesprochen wurden, wahr. Der Abg. Duncker hat mich ferner sagen lassen, ich sei bereit, zu Gunsten der Einheit die Freiheit völlig preiszugeben. Herr Präsident! Mißverständnisse können leicht vorkommen und werden, wenn sie Folge mangelhaften Hörens sind, verziehen. Wenn aber die stenographischen Berichte

vorliegen und die Mißverständnisse auf mangelhaftem Lesen einfacher Sätze beruhen, so halte ich sie nicht für verzeihlich.

Abg. Franke: Niemand, am wenigsten der Freiherr v. Vincke, wird uns zumuthen, daß wir unser Rechtsgefühl in den Papierkorb werfen, ich meine nicht den hier anwesenden Freiherrn v. Vincke, sondern seinen Doppelgänger, der viele Jahre auf dem Rechtsboden agirte. (Beifall.) Die Henkermahlzeit, die er uns servirte, können wir nicht mehr brauchen. Ich appellire an Ihr Gefühl: sind Reden wie die des Freiherrn v. Vincke geeignet, das tief gekränkte, schweigsame Land — ich sage schweigsam, denn es ist kein Exceß daselbst vorgefallen — zu versöhnen? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht blos Aufgabe des Landes — und ich rechne mich dazu und will die Aufgabe gern erfüllen, sondern auch die der Königlich preußischen Regierung, daß nach dem, was vorgegangen ist, eine Versöhnung eintritt, aber der hier anwesende Freiherr v. Vincke hat die Versöhnung nicht eingeleitet. (Beifall.) — Abg. v. Rabenau: Ein Redner hat gestern uns oberhessische Abgeordnete zum Gegenstande seines politischen Bedauerns gemacht. Politischen Haß kann ich vertragen, politisches Bedauern nicht. Wir Oberhessen nehmen vielmehr in dieser Versammlung eine bevorzugte Stellung ein: wir werden die Pioniere sein, die Norddeutschland über den Main tragen, und nicht die Lokomotive des Abg. Miquel, wenn erst die norddeutsche Verfassung feststeht. Denn unser Land kann nicht mehr existiren in der Zerrissenheit, von der sich eben ein Bild darbietet. Wir sind bereit, dem Kaiser zu geben was des Kaisers ist. Was darüber hinaus ist, das wollen wir nicht im Interesse unserer Dynastie und unserer Eigenart. — Abg. Duncker: Er habe den Abg. Miquel nur sagen lassen, daß er bereit sei, Opfer an Freiheiten zu bringen, nicht die Freiheit völlig preiszugeben. — Abg. v. Vincke: Der Abg. v. Vincke, der hier steht, ist derselbe, den der Abg. Franke 1848 in Frankfurt kannte, und daß er auf demselben Rechtsboden steht wie damals. Ich habe, wie Wenige in diesem Hause, die Rechte Schleswig-Holsteins vertreten, aber nicht blos das Erbrecht des augustenburgischen Volkes, sondern auch das Recht des deutschen Volkes, gegen welches Schleswig-Holstein seine Pflicht nicht so erfüllt hat, wie es sie hätte erfüllen können. Der Herr Abgeordnete hätte seinen Landsmann abhalten sollen, das Wort des Unfriedens zwischen seinen neuen Mitunterthanen und der Krone Preußen, Ihren Landesherrn, in diese Versammlung zu werfen. (Lebhafter Beifall.) Er hätte nicht in Invektiven, die nicht parlamentarisch waren, Se. Majestät den König hier in seiner Hauptstadt angreifen sollen, statt die Pflicht der Dankbarkeit gegen Preußen und Se. Majestät den König zu erfüllen. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Schleiden verwahrt sich dagegen, daß er die Person des Königs in die Diskussion gezogen, er habe nur von der Regierung gesprochen. — Präsident Dr. Simson bestätigt das und motivirt zugleich sein gestriges Verhalten der bezüglichen Aeußerung gegenüber. — Abg. v. Vincke: Unter der Regierung von Gottes Gnaden versteht man nicht die Minister. — Präsident Simson läßt sich ermächtigen, eingegangene Petitionen, die sich nicht auf die Berathung des Verfassungs-Entwurfs beziehen, als zur Kompetenz des Hauses nicht gehörig, ihren Absendern zurückzugeben. — Den Abtheilungen liegen noch 20 Wahlprüfungen vor.

Schluß 2¼ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Tagesordnung Wahlprüfungen und Beschluß über den Beginn der Spezial-Diskussion des Verfassungs-Entwurfs.)

Frankfurt a. M., 10. März. Die hiesige Handelskammer hatte in Gemeinschaft mit dem Handelsverein eine Eingabe an das Handels-Ministerium um Belassung der Ober-Zolldirektion in Frankfurt gerichtet. Die Erwiederung des Handels-Ministeriums kann sich der Ansicht jenes Gremiums, daß durch die Entfernung der Ober-Zolldirektion von hier der Handel Frankfurts Noth leiden werde, nicht anschließen. Es wird dabei auf das Beispiel Leipzigs verwiesen, dessen Handel und Wandel, obgleich es auch keine Ober-Zolldirektion besitze, mehr als der Frankfurter blühe.

Ausland.

Wien, 9. März. In Betreff der Ofener Militärerlasse bringt die offiziöse „Abendpost" die Erklärung, daß jede Deutung, die geeignet wäre, den durch das Allerhöchste Reskript vom 18. und das Handschreiben vom 19. Februar bezeichneten Wirkungskreis des Königlich ungarischen Landesvertheidigungs-Ministeriums in Frage zu stellen oder Mißtrauen zwischen dem von Sr. Majestät ernannten Königlich ungarischen Ministerium und den obersten Militär-Behörden zu erwecken, weder den Intentionen der letzteren, noch der Sachlage entspreche."

— Die Frage der Befestigung Wiens ist in ein neues Stadium getreten. Ungeachtet der bereits begonnenen Durchführung des Projektes, ungeachtet der für einzelne Befestigungswerke bereits ausgeschriebenen Offerten ist im Schoße der mit der Behandlung der Befestigungsfrage betrauten Kommission eine Schwenkung zu Gunsten der Meinung im Zuge, daß die Befestigungsarbeiten auf drei Monate sistirt werden sollen, und daß der Reichsrath, dessen Zusammentritt unmittelbar bevorstehe, Gelegenheit bekommen solle, sich über diese Frage auszusprechen.

Agram, 9. März. Seit vorgestern hängt an den Thoren des Magistrats-Gebäudes die Kundmachung des Bürgermeisters, welche — den kategorischen Anordnungen der Hofkanzlei Folge leistend — den Bewohnern der Landeshauptstadt die Verordnung wegen Heeresergänzung zur Kenntniß bringt. Damit war der Auftrag an das städtische Kastellanat verbunden, die Kundmachung alltäglich beim Eintritte der Dämmerung herabzunehmen und bis zum Morgen des nächsten Tages aufzubewahren. Diese Verfügung zeigt deutlich die nächtliche Unsicherheit der Landerhauptstadt.

Paris, 11. März. Aus London wird gemeldet, die belgische Regierurg habe an Frankreich, England und Oesterreich die Anzeige gemacht, holländische Arbeiter hätten mit der Abdämmung der Schelde begonnen, ohne das Ergebniß der internationalen Untersuchung abwarten zu wollen. Sie fordert die erwähnten Kabinette auf, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um dieses Vorgehen zu verhindern.

Paris, 11. März. Die alten Philhellenen Guizot, Herzog von Brogli, Saint-Marc Girardin, die ehemaligen Gesandten in Athen Piscatory und Baron Brenier und mehrere Andere waren gestern bei dem ehemaligen Minister Villemain versammelt und gründeten ein Comité, welches nicht nur für die gegen die Türken kämpfenden Griechen Geld sammeln, sondern dieselben auch moralisch in der Presse u. s. w, unterstützen wird. Das Comité hat sich sogleich mit dem Londoner Philhellenen-Comité in Verbindung gesetzt. Man wollte wissen, daß Garibaldi wirklich einen Freischaarenzug gegen die Türkei vorbereite. Die alten Herren, die so noch einmal im höchsten Alter für das, was sie erstrebten, bevor sie Minister des Bürgerkönigs wurden, in die Oeffentlichkeit treten, mögen über diese Bundesgenossenschaft bedenklich genug die Köpfe geschüttelt haben.

— In der vorgestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gelangte man in der Diskussion über das Schulgesetz bis zum Artikel 17. Es sind somit noch 5 Artikel zu erledigen und man hofft damit am Montag fertig zu werden. Ein vollständiges Urtheil wird sich erst geben lassen, wenn die ganze Debatte beendet ist. Bis jetzt sind die Präfekten und der Klerus, welch letzterer doch in der Kammer zahlreich vertreten ist, in großen Unwillen versetzt worden. Jules Simon, nachdem er die Leistungen der geistlichen Schulschwestern zur Sprache gebracht, wendete sich vorgestern unter lebhaftem Beifall gegen die Beschäftigung der Lehrer mit der Politik, d. h. er tadelt es, wenn man den Lehrer zum Wahlagenten machen will. Das Schicksal des Paragraphen des Gesetzes von 1850, in welchem jenen Schwestern das gewöhnliche Elementarlehrer-Examen erlassen wird, ist noch nicht entschieden, da die Regierung bekanntlich aus praktischen Gründen um Aufschub bat. Die klerikalen Blätter schreien bereits Ach und Weh! Die „Union" meint, daß die Weihe des heiligen Geistes und die Liebe Gottes bei den Schwestern alle Bürgschaften, welche jenes Examen geben solle, weit überträfen.

London, 11. März. Der Stadtrath von London, an seiner Spitze der Lordmayor im vierspännigen Staatswagen, begab sich am vergangenen Sonnabend, unter dem Geläute der Glocken, nach Buckingham Palace, um J. M. der Königin die herkömmliche Glückwunsch-Adresse zur Geburt ihrer jungen Enkelin feierlich zu übergeben. J. Maj., begleitet von der Prinzessin Louise und umgeben von den obersten Hofchargen, empfing die Vertreter der Stadt im Thronsaale, nahm aus den Händen des Lordmayor die Adresse entgegen und beantwortete dieselbe in einigen dankenden, huldreichen Worten, worauf der Lordmayor, so wie der Antragsteller und der Befürworter der Adresse zum Handkusse zugelassen wurden. Die Königin fuhr darauf zu einem Besuche bei der Prinzessin von Wales, deren Befinden neuerdings nicht so günstig ist, als es zu wünschen wäre. Es war in Folge dessen schon die Frage erörtert worden, ob die Königin nicht ihren Aufenthalt in der Hauptstadt noch auf einige Tage verlängern solle, um in der Nähe ihrer Schwiegertochter zu bleiben; doch da die Ansichten der Aerzte beruhigend lauteten, so begab sich der Hof im Laufe des Nachmittags wieder nach Windsor zurück. Ueber das Ziel einer mehrwöchentlichen Reise, die J. Maj. die Königin von dort aus gegen Ende April oder Anfang Mai unternehmen wird, verlautet noch nichts Bestimmtes, doch scheint es, daß Schottland nicht wie sonst in erster Linie steht.

Pommern.

Stettin, 14. März. Während bei uns noch die Frage „ob Kanalisation oder nicht?" eifrig ventilirt wird, sehen die Verwaltungen mehrerer englischer Städte, in denen die Kanalisirung ausgeführt ist, sich in Folge derselben durch richterliche Entscheidungen in allerhand Schwierigkeiten verwickelt. So ist die Stadt Leamington durch den court of chancery zu einer Strafe von 5000 Pfd. St. verurtheilt worden auf Veranlassung zweier Eigenthümer an den Ufern der Leam, in welche die Kanäle Leamingtons ihren Inhalt ausschütten. Obschon diese Stelle nicht weit von dem Erguß der Leam in den Avon gelegen und eine Geruchlosmachung der Latrinenwässer durch Kalk stattgefunden hat, scheint doch eine Verpestung des Flusses einzutreten und der Grundbesitz an den Ufern beschädigt zu werden. Dieser Fall in England scheint uns sehr beherzigenswerth.

— Dem Handelsmann Spann aus Falkenwalde wurde gestern in einem hiesigen Schnittwaarengeschäft, während er dort um Zeug handelte, sein auf den Ladentisch gelegtes Portemonnaie mit 1 Thlr. 9 Sgr. Inhalt, sowie eine Brieftasche, in der sich ein Gewerbeschein ꝛc. befand, entwendet. Der Dieb ist nicht ermittelt.

— Der hiesige Lootsen-Kommandeur macht bekannt, 1) daß das Leuchtschiff „Swantesiz" Eises wegen hat eingenommen werden müssen; 2) daß das Papenwasser mit 1¼ Zock starkem Eise fest zugefroren ist, ebenso, daß vom Swantesitzer Haken nach dem Haff zu nur festes Eis zu sehen war. Die Oder und Damansch waren größtentheils offen, gestern gegen 7 Uhr Abends zeigte sich in der offenen Stelle ebenfalls dünnes Eis.

— Eine gestern ergangene Entscheidung des Königl. Obertribunals in einer Wechselsache macht allgemeines und gerechtfertigtes Aufsehen. Das Obertribunal hat nämlich entschieden, daß für einen an einem Sonnabend fälligen Wechsel der Montag der letzte Respekttag sei, indem es den Ausdruck des Wechselrechts „am zweiten Werkeltage" dahin interpretirt, daß es genügend sei, wenn der zweite Tag nach dem Verfalltage ein Werkeltag sei. Bisher galt es nämlich für feststehend, daß beide Tage Werkeltage sein mußten, die Protesterhebung eines an einem Sonnabend fälligen Wechsels daher noch am Dienstag erfolgen könne.

— (Sitzung der polytechnischen Gesellschaft vom 9. März.) Der Vorsitzende Herr Dr. Delbrück verlas zunächst die bereits in der vorigen Sitzung eingegangenen Fragen. Die erste lautet: „Die zum Bau der Eisenbahnbrücke über die Oder bereits eingeschlagenen Pfähle beengen die Passage für große Dampfer bereits auf's Aeußerste. Soll der Durchlaß dieser Brücke an einer Seite des Stromes gemacht werden? In diesem Falle wird bei der Nähe der Neuen Brücke der Durchgang für große Dampfer gesperrt." Herr Baumeister Brennhausen erklärte hierauf, daß die Anlage des Schiffsdurchlasses an dem linksseitigen Oderufer nur eine provisorische sei, indem die auszuführende neue Oderbrücke analog der im Bau bereits weiter vorgeschrittenen Parnitzbrücke zwei Schiffsdurchlasse von je 40 Fuß normaler lichter Weite erhält, welche ungefähr in der Mitte des Stromes und zwar in der Richtung des Durchlasses der Neuen Brücke angeordnet werden. — Auf eine zweite Frage: „Welches ist der Unterschied zwischen Roman- und Portland-Cement?" machte Herr Dr. Delbrück eine längere Mittheilung über die historische Entwickelung der Cement-Industrie, woran er eine Erklärung der Unterschiede zwischen den verschiedenen natürlichen und künstlichen Cement-Arten knüpfte. — Der Vorsitzende theilte darauf mit, daß von Seiten der Herren Dr. Jacobsen in Berlin, Dr. v. Boguslawski, Dr. Schür, Dr. Scheibler und Th. von der Nahmer der Vereins-Bibliothek Geschenke zugekommen seien, wofür er Namens des Vereins seinen Dank abstattete.

Zunächst hielt nun der Herr Baumeister Romberg den angekündigten Vortrag über Bierbrauerei: Hauptzweck des Redners war, darauf hinzuweisen, wie in ganz Norddeutschland die Anlage von Brauereien guten baierischen Biers eine voraussichtlich bedeutende Rentabilität verspreche, da der Konsum echten Biers so bedeutend sei, daß bei Weitem der größte Theil importirt werden müßte. Redner machte dabei auf eine Reihe von Fehlern und Uebelständen aufmerksam, die bei den meisten, besonders den kleinen Brauereien beständen und durch einen tüchtigen Architekten bei der Anlage neuer Brauereien leicht zu vermeiden wären. Eine hieran sich knüpfende Diskussion schnitt der Vorsitzende ab, da die Gesellschaft nur das Technische der Brauereien zu behandeln habe.

Herr Dr. Siermann macht aufmerksam auf ein kürzlich erschienenes Werk eines Amerikaners Norman Wiards: „Great guns the cause of their failure and the true method of constructing them", welcher in sehr sinnreicher Weise die Ursache des Zerspringens der Geschütze zu erläutern sucht.

Nach einer Mittheilung des Herrn Dr. Delbrück ist der bereits früher zur Besprechung gekommene Kugeltorf von Eichhorn in Feilenbach bei Aaiblingen in der landwirthschaftlichen Central-Schule Weihenstephan einer näheren gründlichen Untersuchung unterzogen worden. Nach dieser hat sich herausgestellt, daß der Eichhornsche Kugeltorf zu dem trockenen Fichtenholz in der Dauer der Heizkraft wie 230 : 100, in der Leistung der Verdampfung wie 233 : 100, ferner zum Freisinger Stichtorf in der Dauer der Heizkraft wie 220 : 100 und in der Leistung bei Verdampfung wie 280 : 100 sich verhalte. Redner erklärt es für sehr wünschenswerth, daß bei der Wichtigkeit des Torfes für Stettin auch hier Versuche mit Kugeltorf angestellt würden und ersucht die Mitglieder, welche Apparate zur Anfertigung von Kugeltorf besitzen, dem Vorstande ein Quantum desselben zur Disposition zu stellen, um die geeigneten Versuche damit machen zu können. — Eine hieran sich knüpfende Diskussion ließ allseitig diese Versuche für höchst wünschenswerth erscheinen.

Amerikanische Journale sprechen in der letzten Zeit über die Anwendung des Petroleums bei Dampfmaschinen, insbesondere in Dampfschiffen. Hr. Dr. Delbrück macht auf die letztere Anwendung des Petroleums besonders aufmerksam, da bei Schiffen der große Vortheil der Fracht- und Steuerersparniß eintrete, der den Nachtheil des höheren Preises wohl vollständig aufhöbe.

)(**Pyritz,** 12. März. Durch einen Beschluß unserer städtischen Behörden ist das Gehalt der Elementarlehrer vom 1. Januar cr. an dahin normirt, daß der jüngste Lehrer mit 200 Thlr. eintritt, nach 5 Jahren 30 Thlr., nach 10 Jahren wiederum 30 Thlr. und nach 15 Jahren nochmals 30 Thlr. Zulage erhält, wogegen die Kirchenbeamten das Doppelte als Zulage erhalten sollen. — Die bereits im vorigen Jahre gewählten drei Rathsherrn haben die erforderliche Bestätigung bisher nicht erhalten. — Auf dem Gute Brederlow ist unter den Schafen der Milzbrand ausgebrochen.

Literarisches.

Witte. Monarchie oder Demokratie? Greifswald S 32. Der Verfasser giebt in der Brochüre eine höchst unbefangene und eingehende Erörterung der Fragen über das Budgetrecht und über die in den letzten Jahren zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause entstandenen Konflikte. In einem versöhnenden Geiste und mit Schärfe, welche überall den Gelehrten und Denker erkennen läßt, geht der Verfasser die bezüglichen Artikel der Verfassung durch und stellt darnach fest, was in Preußen Rechtens sei. Wir haben die Brochüre mit großem Interesse gelesen.

Neueste Nachrichten.

München, 13. März, Abends. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der Minister des Innern, v. Pechmann, sich demnächst nach Karlsruhe zu begeben, um sich über den dortigen Verwaltungsgerichtshof zu informiren; es ist wahrscheinlich, daß auch hier ein solcher Gerichtshof eingeführt werden solle.

Pesth, 13. März. Der Erzbischof Lonowicz v. Kalocsa ist gestorben.

Belgrad, 13. März. Der preußische Oberstlieutenant v. Krensky ist hier eingetroffen und hat dem Fürsten, den Ministern und dem Kommandanten der Festung einen Besuch abgestattet.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 13. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Expreß, Köföd von Rönne. Wind: N. Eisgang. Der Dampfer Prinzeß Royal Viktoria ist um 4¼ Uhr eingetroffen, wird aber, da das Haff und Papenwasser voll Eis ist, wahrscheinlich morgen nicht nach dort retourniren. Die Schiffe Marie Grimm, Otto Hermann, und Ernst Reinhardt sind herunter gekommen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. März. Witterung: kalte Luft. Temperatur — 1 ° R. Nachts — 6 ° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 83—87 Rt. bez., 88pfd. 88, 88½ Rt. bez., geringer 72—82 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 85 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 85 Rt. bez., Juni-Juli 85¼ Rt. bez., September-Oktober 80 Rt. bez.

Roggen stille, pr. 2000 Pfd. loco 52—56½ Rt. bez., Frühjahr 53, 52¾, 53 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 53 Br., Juni-Juli 53½ Rt. bez. u. Br., Juli-August 52¼ Rt. bez.

Gerste loco pr. 70pfd. 46—48 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—31 Rt. bez.

Rüböl steigend, loco 11½ Rt. Br., März 11⅓ Rt. bez., April-Mai 11⅓, 5/12 Rt. bez. ⅓ Rt. Br. u. Gd., Mai 11 5/12, ½ Rt. bez., September-Oktober 11 5/12, 11/12, 12 Rt. bez. u. Br.

Rappkuchen 1 Rt. 23 Sgr. bez.

Spiritus matter, loco ohne Faß 16 5/12 Rt. bez., mit Faß 16¼ Rt. März-April 16⅓ Rt. bez., Frühjahr 16⅓ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 16⅝ Rt. Br., Juni-Juli 16⅚ Rt. bez.

Leinöl, ruff. 13½ Rt. bez.

Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl.

Hamburg, 13. März. Getreidemarkt. Weizen loco fester, pr. März 5400 Pfd. netto 151 Bankothaler Br., 150 Gd., pr. Frühjahr 146 Br., 145 Gd. Roggen bei sehr beschränktem Geschäft behauptet, pr. März 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Hafer behauptet. Oel höher, loco geschäftslos, pr. Mai 25½, pr. Oktober 26½. Spiritus ruhig, 23¼. Kaffee auf Rotterdamer Auktionsdepesche nicht günstig. Zink lebhafter. Verkauft 2000 Ctr. per Frühjahr, 1000 Ctr. schwimmend 14⅛. — Frostwetter.

Amsterdam, 13. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen fest, auf Termine 2½ Fl. höher. Raps pr. April 67, pr. Oktober 70. Rüböl pr. Mai 37½, pr. Oktober-Dezember 39¼.

London, 13. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Marktbesuch beschränkt. Weizen zu Montagspreisen, welche Verkäufer erlangten, fest gehalten. Frühjahrsgetreide fest. — Wetter kalt.